

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 461

Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Dessau monatlich M. 1.10, vierteljährlich M. 3.40, ein Jahr M. 12.00, für die Post monatlich M. 1.25, vierteljährlich M. 3.75, ein Jahr M. 13.00.
Geschäftsstelle: Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Druckerei: Leipzig 20513

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 18. September

Anzeigenpreis: Die Zeil. 20 mm breit im Durchschnitt 20 H. Die Zeil. 30 mm breit im Durchschnitt 60 H. Jahres- und Langzeitanzeigen nach Vereinbarung.
Geschäftsstelle: Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Zentr. Nr. 6290
Eigentümer: Berliner Schriftindustrie. — Verleger: Dr. Otto Heile, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

- * Zum 1. Oktober soll für Oberdeutschland die Schaffung einer Provinzialen Selbständigkeit durchgeführt werden. Die Leitung der Provinz wird in den Händen eines Landesrates liegen.
- * Die Lebensmittelunruhen in Köslin nahmen einen ersten Charakter an. Reichswehrtruppen sind im Anmarsch.
- * Auch in Braunschweig kam es zu Unruhen, die anscheinend von parteiflüssiger Seite erzeugt worden sind.
- * Ein französisch-englisches Abkommen führt Frankreich Interessen in Syrien.
- * Lord George will die Verstaatlichung der englischen Gruben für unmöglich erklären.

Frankreich in Syrien

Berlin, 18. September.

„Lemps“ teilt mit, daß zwischen Clemenceau und Lloyd George gestern über die militärische Besetzung der Levante ein Abkommen getroffen wurde. Britische Truppen müssen bis zum 1. November alle Gebiete nördlich der Grenze zwischen Syrien und Palästina räumen, da diese Gebiete nur provisorischen Charakter habe und geändert werden können, wenn die Briten sich vollständig über die politische Organisation der Levante entschieden haben. „Lemps“ sagt, es scheint nicht, daß der Beleg von Wafal in die Region übergriffen sei, in denen Verhältnisse außer, für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich zu sein. Ferner sei die Organisation der arabischen Staaten vorläufig. Lloyd George und Clemenceau sind nach dem Abzug der britischen Truppen nicht von französischen Truppen besetzt werden, da sich in der Zone befinden, in der nach dem englisch-französischen Abkommen von 1916 die Organisation eines arabischen Staates oder einer Vereinigung der arabischen Staaten vorgesehen sei. Nichtbehauptung oder Abgabe in Zukunft die arabischen Macht nach Syrien und Unterjordan nicht mehr von der britischen, sondern von der französischen Regierung für diese Gebiete verlangen. Unter den Bedingen, aus denen die britischen Truppen zurückgezogen werden sollten, bestanden die arabischen und die französischen Truppen, sowie eine französische politische Mission befinden.

Wann kommt endlich der Frieden?

Wafal, 18. September.

Die Berliner Berichterstatter der „Kaiser Nachrichten“ dröhnen, gegen Regierung und Opposition die Diskussion des Berliner Vertrags in der Kammer voranzutreiben, um zu zeigen, daß die Situation in amerikanischen Senat klarer übersehen werden. Nach der Zustimmung will die Opposition einen Antrag wegen der Aufhebung des Parlaments bei Ausarbeitung des Vertrages zur Abstimmung bringen, um Clemenceau zu zwingen, die Vertragsfrage zu stellen.

Genf, 18. September.

Nach der Meinung des Obersten Soule ist dem „Matin“ zufolge die Ratifikation des Friedensvertrages und die Annahme des Vertrages des Präsidenten und des Kongresses im Senat möglich. Doch kann das Pariser Blatt nicht sagen, ob nicht die Vorbehalte, die Wilson bisher verworfen hat, die Mehrheit erlangen werden.

Die Bedingungen für Bulgarien

Bern, 18. September.

Der Oberste Rat der Alliierten hat gestern den Vorschlag der Friedensbedingungen für Bulgarien endgültig genehmigt. Die Übergabe des Vertrages wird wahrscheinlich demnächst stattfinden. Was die Besetzung Bulgariens anbelangt, ist in Thessalien griechische Land geteilt worden, aber die Alliierten erhebt die Forderung, einen griechischen nach dem Meereszugang zu erhalten.

Ägypten erhebt sich

Bern, 18. Sept.

Die Zeitung des Ausschusses der nationalen ägyptischen Partei teilt den Wählern mit, daß die ägyptische Revolution von neuem eingeleitet habe. Die letzte Unterdrückung der letzten Erhebung in Ägypten durch die englische Herrschaft habe zu einem Aufstande des ägyptischen Volkes ohne Unterstützung der Alliierten geführt.

Die Plünderer von Köslin

Weltere Plünderungen. — Alkohol gehört dazu. — Zum Landrat! — Köslin, 18. September.

Nach Eintritt der Dunkelheit drang die Menge, nachdem sie vergeblich versucht hatte, Zutritt zu plündern, in die in der Nähe befindliche gelegene Bauernscheune ein und raubte Spirituosen. Darauf zog die Menge vor die Dienstwohnung des Landrats und forderte nach Spirituosen. In der Scheune wurde ein großer Vorrat an Branntwein gefunden, welcher in mehreren Fässern lag. Die sozialistischen Parteien haben diesem Treiben durchaus fern. (1) Ein

sozialistischer Führer, der die Aufständischen zu beruhigen versuchte, beteuerte, daß die Aufständischen zu beruhigen versuchte. Das B. L. A. beteuerte gestern schon in seiner Rede, daß die sozialistischen Parteien diesem Treiben ganz fern ständen und daß es einem Führer der Unabgängigen nicht gelingen würde, die Menge zur Ruhe zu bringen. Das ist ja ganz natürlich, denn fast Menschengedenken ist es Gebräuch, daß die gesonnenen stets über Mehr und Maß hinauswanden, wenn sie nicht rechtzeitig eingedämmt werden. Durch die Revolution hat die Sozialdemokratie alle niederen Instanzen gemacht. Sie wuchsen mit der zunehmenden Fügigkeit und sind heute längst über Ordnung und Maß hinaus, so daß es selbst den Sozialisten nicht mehr möglich ist, diese Elemente des Materialismus zu halten. Daher ist es humorvoll und tragisch zu hören, daß die sozialistischen Parteien diesem Treiben durchaus fernstehen. Wie, und nur sie allein, sind die Urheber und die Schuldigen an solchen Vorkommnissen, denn sie haben die Revolution, deren „Ergebnisse“ wir nun erleben müssen. 18. Sept., 17. September.

Seite Nachmittag wurden verschiedene Geschäfte geplündert; einige Verhaftungen konnten vorgenommen werden. Die Menge verlangte denn das Rathaus, um die Verhafteten zu befreien. Die Garnison hielt sich zurück, da sie viel zu schwach ist. Heute Nacht werden Reichswehrtruppen erwartet. Man befürchtet die Plünderung aller hiesigen Geschäfte. Am Vormittag hatte der Landrat mit einer Abordnung wegen der schlechten Lebensmittelversorgung der Kösliner Bevölkerung verhandelt. Die Stimmung der Kösliner Bevölkerung hat sich heute Nacht freier bauernd nach Reichswehrtruppen, die jedoch nicht einziehen und keinen Einmarsch auf die Menge machen.

Auch Braunschweig wird lebhaft

Braunschweig, 18. Sept.

Western abend kam es mehrfach zu unruhigen Zusammenstößen zwischen Reichswehr und parteiflüssigen Elementen. Die Schmittmannsstraße wurde in der 10. Menschen aus dem nahen Bahnhof beschossen und ein Mann der Reichswehr an der Hand verwundet. Zusammenstöße zwischen einzelnen Reichswehrsoldaten und Gewerkschaften wurden durch große Menschenansammlungen zur Folge, die durch eine Abklärung Reichswehr zerstreut wurden. Auf dem Hauptbahnhof wurde eine Wache eingesetzt. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu heftigen Zusammenstößen einzelner Reichswehrleute. In den Straßen der südlichen Stadtteil hat sich mehrfach Schüsse. Die Ereignisse sind anscheinend planmäßig von parteiflüssiger Seite hervorgerufen. Es wurden mehrfach Matrosen mit roten Bändern beobachtet.

Ein oberflächlicher Landesrat

(Von unserem hiesigen Berichterstatter.)

Berlin, 18. September.

Western fanden im Reichstagsparlament die Redaktionen zwischen dem Reichsminister und der oberflächlichen Zentrumsworte Rat, der Herr Oberst, daß vorgesehene zwischen dem Reichsminister und der preussischen Regierung ein Abkommen zu treffen angetrieben worden sei, daß es sich um den 1. Oktober für Oberdeutschland die Schaffung einer Provinzialen Selbständigkeit durchgeführt werden würde. Man denkt sich nicht an die Schaffung eines oberflächlichen Landesrates, da die Wahlen für einen Landesrat erst im nächsten Jahr stattfinden werden. Wenn im Innern, soll der Landesrat vorläufig aus allen oberflächlichen Mitgliedern der Parteien der preussischen Landesversammlung und der deutschen Nationalversammlung bestehen. Diese Mitglieder sollen sich den notwendigen Kompetenzen, so daß eine Kommission der Reichsregierung nicht mehr notwendig sei, gewährleistet wird. Der Landesrat wird ein sogenanntes Direktorium aus drei Männern bilden, dem vorläufig die Führung der Verwaltungsgeschäfte der Provinz übertragen werden soll. Von der Ernennung eines oberflächlichen Landesrates ist nicht, da sich eine geeignete Persönlichkeit nicht finden hat, vorläufig abgesehen.

Ententeingreifen in Siume

Wien, 17. September.

Nach einer Meldung aus Bukarest haben nach einer Berechnung der alliierten Kommandanten sechs bis sieben Schiffe der Alliierten den Hafen Siume verlassen und ihre Geschütze auf die Stadt gerichtet. Man erwartet, daß den Aufständischen ein Ultimatum gestellt wird, entweder binnen 24 Stunden zu verfallen, andernfalls mit allen Mitteln gegen die Meuterei eingeschritten werden wird.

Zweihundert Milliarden für Italien

Rom, 18. Sept.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ berichtet nach der Methode des französischen Finanzministers Riva die Entschlüsse, die Deutschland Italien zu geben hätte, sei seit dem 1. März 1919 bis zum 1. März 1920, bis hin zu ungenügender zweihundert Milliarden Franken. Die Zeitung betont aber, daß die Summe rein fiktiv sei und „etwas theoretisch aufgemacht“. Wenn dem Vertrag nicht oder den anderen Kriegführenden Staaten die Erfüllung ihrer Forderungen durch Deutschland, und wenn Deutschland nicht infolge sein sollte, alles zu bezahlen, so muß nach dem Vertrag eine Reuktion der Summe gleichmäßig alle Verbündete treffen. Frankreich habe keinerlei Anspruch auf Priorität oder Privilegien, mit Ausnahme der sogenannten „Wunden“ Italien, die zu dem Vertrag, was die französischen Forderungen wiederhergestellt sein werden. Die Zeitung schließt mit der Bemerkung, der einzige Vorteil Frankreichs sei, daß alle Erbitterung zu beenden, nach welchem ein Schlag in der Hand besser ist als eine Laube auf dem Tische.

Die Arbeitsweise der Sozialisierungsprediger

Eine Beweisführung.

Von Tag zu Tag tritt die Lausache deutlicher hervor, daß unter heutiges Wirtschaftsleben im Zeichen der Rohlennot steht, die ohne Zweifel eine nicht zu unterschätzende Gefahr, wenn nicht die Vorbedingung für Sein oder Nichtsein unserer gesamten wirtschaftlichen Existenz bildet. Man hat deshalb auch heute gerade dem Bergbau eine entsetzliche Aufmerksamkeit entgegengebracht und alle Welt beschäftigt sich mit der Frage der Senkung der Produktion, um das Gelempel des Rohlenmangels, das mit dem Geratkommen des Winters immer unheimlicherer Dimensionen annimmt, zu bannen. Anlauf nun aber die Mittel anzuwenden, die die Grundbedingungen zur Steigerung der Leistungen bilden, nämlich Einhaltung oder Erhöhung der Arbeitszeit, Ausbau der Gebirgsarbeit zur Steigerung der Einzelleistungen, bevorzogene Material- und Lebensmittellieferung der Bergwerke, weitgehende Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge usw., fällt ein großer Teil der Sozialisten ausgerechnet jetzt den Zeitpunkt für gekommen, die Sozialisierung vornehmlich des Braunkohlenbergbaues durchzuführen. Es ist kaum anzunehmen, daß selbst diese Kreise die Gefahr einer heutigen Sozialisierung der Bergbaubetriebe für untergeordnetes Wirtschaftsleben nicht erkannt haben sollten, sondern sie predigen die Verstaatlichung lediglich aus parteipolitischen Rücksichten, welche in der Bekämpfung „privatkapitalistischer Ausbeutung“ bestehen.

So hat a. B. Herr Dieroth, Mitglied der Nationalversammlung, vor einigen Wochen in der linksföheren Presse einen Aufsatz unter der Ueberschrift „Ein Milliardenraub“ u. a. zur Verbreitung bringen lassen. Derselbe Aufsatz, der mit phantastischen Zahlenmaterial ausgestattet, unter Anwendung falscher Berechnungen die Reife des Braunkohlenbergbaues zur Sozialisierung darzutun sollte, wurde von Seiten der Braunkohlenindustriellen der Ruf geföhrt, „keine Zahlen zur Braunkohlensozialisierung“ übergeben. Die Abhandlung, die das Zahlengebäude des Herr Dieroth sehr im Wanken bringt, ist von diesem jedoch nicht unbeantwortet geblieben und er hat von neuem den Versuch gemacht, die Richtigkeit der sachmännischen Berechnungen zu beweisen. In einer Anzahl linksföherer Blätter, wie auch in Nr. 212 der „Bolschewik“, veröffentlicht er hierzu einen Artikel mit der Ueberschrift „Die Sozialisierungspläne der Braunkohlenherren“. Der Aufsatz ist an diesem Aufsatz die Art der Beweisführung, die darin besteht, möglichst viele Sachliches zu bringen — wird falsches Material dennoch angeführt, so ist es zum großen Teile falsch — dagegen eine ungeheure erhebliche und persönliche Polemik an den Tag zu legen. Wo das Recht fehlt, muß desto lauter gebrüllt werden, das war immer das Prinzip der Volkstrenner.

Zunächst zieht Herr Dieroth folgenden schönen Schluß: „Wenn der Braunkohlenbergbau wirklich so unrentabel wäre, wie ihn seine Sachwalter hinstellen, so müßten sie an diesem Aufsatz die Art der Beweisführung, die darin besteht, möglichst viele Sachliches zu bringen — wird falsches Material dennoch angeführt, so ist es zum großen Teile falsch — dagegen eine ungeheure erhebliche und persönliche Polemik an den Tag zu legen. Wo das Recht fehlt, muß desto lauter gebrüllt werden, das war immer das Prinzip der Volkstrenner.“

Dieser Schluß ist insofern charakteristisch, als man daraus den Standpunkt der Herren Sozialisierungsprediger zieht, die eben nur das persönliche Interesse des Einzelnen kennen und daher auch nicht verstehen, daß die Unternehmer sich gegen die Sozialisierung sträuben, auch wenn sie mit Verlust arbeiten, weil sie die Wirkungen dieses gerade in letzter Zeit so unheilvollen Experimentes für untergeordnetes Wirtschaftsleben voraussehen, und deshalb den in Verderben rollenden und dem Zusammenbruch aufstrebenden Staatsorganismus um jeden Preis aufzuhalten suchen; denn ihnen ist klar, daß die Sozialisierung des Bergbaues zu heutiger Zeit den Ruin des gesamten Reiches befördert. Das Urteil des Sachmänners gilt ja aber nicht, weil er „privatkapitalistische Interessen“ verfolgt. Dafür gilt das Urteil der Männer, die wie Herr Dieroth in seinem Artikel sagt: „Natürlich waren die Zahlen meines Artikels unrichtig; ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man bei dem Mangel an statistischen Unterlagen aus bekannten Zahlen Schüsse abgeben auf unbekanntes Gröhren“, mozu ich hinzusetzen möchte: „Daraus abzuleiten, daß die Zahlen nicht einseitig bekannt sind und man das Schlußföheren versteht.“

Nun einige Proben aus der sachlichen Beweisführung. Herr Dieroth schreibt: „Meine Kritiker lassen 80 Prozent der mitteldeutschen Brötkerzeugung für Saußbrand durch den Kleinhandel umsetzen und erzielen dafür nur 252 Millionen Mark, wobei sie mit einem vom Staat herangezogenen Kassenhefter von hundert Millionen Mark nachsehen. Dann lassen sie den mitteldeutschen Großhandelsmarkt an Preiswettbewerb mit 450 Millionen Mark aufmarschieren und finden, daß beide Vösten den Gesamterlös von 602 Millionen Mark ergeben. Adam Riese hätte allerdings 702 Millionen Mark aus beiden Vösten herausaddiert. Aber die Herren scheinen auf so veraltete Autoritäten in der Rechnung nicht zu geben. Für sie ist die

Wohlstand immer die stärkste, bei der sie am besten fahren. Doch diesen kleinen Ehrlichkeitsproben, die sich beliebig vermehren lassen, kann sich der Leser schon selbst einen Reiz machen."

Gäbe Herr Osterreich sich die Mühe gemacht, genau zu arbeiten, so hätte er gesehen, daß in dem Artikel der "Kritiker" für Großhandlung nicht 450, sondern 350 Millionen Mark angegeben sind, so daß die Summe von 602 Millionen Mark stimmt. Das nennt Herr Osterreich Verweigerung, denn er überzagt mit seinen Worten, überzagt den, der überzagt sein will.

In seinem Aufsatz "Milliardenraub" hat Herr Osterreich, um nachzuweisen, wie hoch die Arbeitsleistung des einzelnen Bergarbeiters im Verhältnis zu seinem geringen Lohn sei, gelangt, daß die Arbeitsleistung im Jahre 1915 74 T. so die Schicht und Mann betragen habe. In der Entgegnung des Unternehmens wird dies bestritten, worauf sich Herr Osterreich berufen hat, fest mit seinen Quellen für dieses Ergebnis herauszufinden. Im zweiten Vierteljahre der Statistik für das Deutsche Reich, das er angibt, heißt zwar unter der Rubrik "Zahl der durchschnittlich beschäftigten gewerblichen Berufsgenossenschaftlichen Bergarbeiter" die Zahl 38 524. Wenn man hiermit die Zahl der Arbeitslosen die 88 Millionen betragende Kohlenproduktion dividiert, man ergiebt 74 T. herauskommen. Aber so einfach ist die Sache nicht, denn Herr Osterreich hätte bei einiger Sachkenntnis nicht vergessen dürfen, daß im Jahre 1915 30 bis 50 Prozent der Bergarbeiter aus Kriegsgefangenen bestanden, die zur berufsgenossenschaftlichen Umlage aber erst in späteren Jahren herangezogen wurden. Das Beispiel heißt nun folgendermaßen aus: 38 524 (80 Proz.) + 26 350 (40 Proz. der Belegschaft) = 64 874 x 300 Arbeitstage (denn 1915 arbeitete man noch) dividiert in 88 Millionen, ergibt 74 T. so die Schicht und Mann, also ein nicht unerheblicher Unterschied, und zwar ist "weber die amtliche Statistik falsch, noch haben die Braunkohlenindustriellen ihr eigenes "Einkommens" (wie Herr O. trefflich sagt), sondern allein Herrn Osterreichs Sachkenntnis ließ zu wünschen übrig. Auch die "unverlässliche Angabe des Bergarbeiterverbandes", wonach die Belegschaftsliste im ersten Quartal dieses Jahres 88 596 Mann betrug, dürfte falsch sein, denn nach Angaben des Herrn Kommissar für die amtliche Kohlenverteilung, der infolge der ihm direkt von den Werken abgegebenen Berichte glaubwürdiger sein dürfte als der Bergarbeiterverband, gibt für Januar dieses Jahres eine Gesamtbelegschaft von 104 144, im Februar von 112 044, im März von 115 328 und im April von 119 651 Mann an, was einen Durchschnitt mit 112 791 Mann ergibt, natürlich werden damit Herrn Osterreichs Berechnungen, die 3 T. so feststellung ergeben, hinfallig.

Bei der Berechnung des Profits aus der Kohlenförderung der Staatliche Werke redet Herr Osterreich mit Verfassungskünsten einfließen. Frachten, nach deren Abzug ein wesentlich anderer Bild erzieht, so daß nicht eine Steigerung von 11,80 Mfr. je Tonne innerhalb 5 Monaten in Betracht kommt, sondern von höchstens 6,30 M. da die Kohlenhöhe von 8,20 Mfr. im Jahre 1918 auf 14,50 Mfr. im ersten Halbjahr 1919 gestiegen ist. Ferner ist für Landkohle ein Preis von 97 Mfr. die Tonne erzielt worden, sondern die Tonne kostet heute 60 Mfr.

Wenn Herr Osterreich behauptet, daß die f. H. der unabhängigen Untersuchungskommission zur Untersuchung bezüglich der Rentabilität angewiesenen Werke und Bezirke als potentielle Opfer vor die Augen des Publikums gestellt würden, so ist darauf zu erwidern, daß der Untersuchung in Bezug auf die Rentabilität durchaus normale Bezirke unterworfen worden sind, zumal die Auswahl der zu untersuchenden Werke vom Reichsstatistikamt nach der Höhe und Länge der Höhe von Vorarbeiten des Schlichtungsaußenbüros für Halle und den Saalfreis getroffen worden ist.

Man sieht also, wie sehr diese Verneinung an Sachlichkeit und Sorgfalt zu wünschen übrig läßt, wie denn überhaupt gerade in dieser Zeit der Zustand immer mehr Platz greifen hat, daß Leute in Dingen und Sachen, die ihnen nicht geläufig sind, Behauptungen aufstellen, ohne sich schmeichelnd darüber Rechenschaft schuldig zu sein, doch sie die Wichtigkeit dieser Behauptungen verstehen. Jeder wird nun ein großer Teil des Volkes solchen unverantwortlichen Darstellungen glauben schenken. Eine alte Laotische ist jedoch, daß man das am ehesten glaubt, was man hofft, und daß das Prophetische, für dessen Verwirklichung derartige Artikel wie der Osterreichische bestimmt sind, doch nur auf Nachrichten wartet, die es bestärkt im Glauben an sein Recht und seine Verurteilung dazu, alles zu regieren und jeden privaten Unternehmensgeist, sowie das Selbstbewußtsein dieser Behauptungen zu vernichten. Jeder wird nun ein großer Teil des Volkes solchen unverantwortlichen Darstellungen glauben schenken. Eine alte Laotische ist jedoch, daß man das am ehesten glaubt, was man hofft, und daß das Prophetische, für dessen Verwirklichung derartige Artikel wie der Osterreichische bestimmt sind, doch nur auf Nachrichten wartet, die es bestärkt im Glauben an sein Recht und seine Verurteilung dazu, alles zu regieren und jeden privaten Unternehmensgeist, sowie das Selbstbewußtsein dieser Behauptungen zu vernichten.

Der Fall Neudorf

Der aus dem Zwischenfall Reinhard-Roske-Scheidemann "Vorwärts" bekannte Offiziersleiter Neudorf hat gegen die Beschuldigungen gegen seine Person hart protestiert. Er gab unter anderem in einer Vernehmung des Reichlichen Richters des "Vorwärts" an, daß er völlig unbeeinträchtigt sei und in einen Führungsstellen am 15. August 1909 bemerkt sei; sein. Seine Behauptungen gegen Oberst Reinhard habe er aufreißt, das ganze Reichswehrregiment 60 könne alle von Oberst Reinhard gemachten Behauptungen belegen.

Demgegenüber stellt aber schon die "Post" fest: Der begrabene Sergeant Georg Neudorf, geboren zu Berlin am 8. Januar 1868 als Sohn adiger Eltern, ist, abgesehen von der Gefängnisstrafe, die er wegen Unterschlagung bei seiner Entlassung erlitten hat, folgendermaßen nachstraflos: 13. Mai 1892: wegen Urkundenfälschung — 5 Tage Gefängnis; 4. Oktober 1894: wegen Hausfriedensbruch — 1 Monat Gefängnis; 13. November 1894: wegen Aufzerrung zu einer strafbaren Handlung — 8 Monate Gefängnis (§§ 110 und 111 des D. G. B.); 17. Mai 1901: wegen Entlaufens aus dem Schiffdienst — 1 Monat Gefängnis; 13. November 1907: wegen Schleicherei — 1 Woche Gefängnis; 1. April 1918: wegen militärischer Unterjochung in drei Fällen, Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstplätzen, unzulässiger Entlassung vom Meer von weniger als 5 Tagen — 6 Monate Gefängnis und Deportation.

Ferner in der Zeit vom 2. Dezember 1907 bis 14. März 1912: wegen Verweigerung — mit Haft.

Es wird auch von amtlicher Seite gemeldet, daß Reinhard

sein "Ehrenwort" zu früh gegeben hat. Es ist festgelegt worden, daß das ganze Strafregime auf Laufen beruht. Auch die in Berlin lebende Ehefrau des Neudorf hat die Wichtigkeit der Beschuldigungen über die Verlässlichkeit ihres Mannes bezeugt.

Wird einer Verantwortlichkeit für den "Vorwärts" für seine Informationen bedient hat, geht aus allem klar hervor. Den Beweis haben außerdem die Vertrauensleute der Reichswehrbrigade Reinhard angetreten, die in einer Entschuldigungs- Erklärung abgegeben haben, Oberst Reinhard habe stets betont, daß er ganz hinter die Regierung stehe. Oberst Reinhard vor einiger Zeit sein Abwehrgesuch eingereicht hat, das ihm aber von Roske nicht bewilligt worden sei.

Die Lösung in Ungarn

Kabinetts Friedrich darf verhandeln.

Wien, 17. September.

Das "N. Wiener Tagbl." meldet aus Budapest, daß die Vertreter der Entente in Paris erreicht haben, daß das Kabinetts Friedrich, wenn auch formal nicht anerkannt, so doch als verhandlungsbefähigte Regierung behandelt werden soll. Das Kabinetts Friedrich werde in den nächsten Tagen eine neue Verfassung aufstellen. Sobald die Organisation beendet sei, werde der Kaiser der rumänischen Krone aus Budapest erfolgen. Die Wahlen für die Nationalversammlung sollen am 1. Oktober stattfinden.

Friede mit den Randstaaten

Auf der Konferenz der baltischen Staaten hielt der estnische Außenminister, W. A. eine Rede, aus der hervorzugehen scheint, daß die Randstaaten in Ungarn ihre Beziehungen mit Sowjet-Rußland zu machen gedenken. Rosta führte u. a. aus:

Reiz, wo es der Regierung gelungen ist, Verhandlungen mit der russischen Regierung zu eröffnen, hofft sie, daß es ihr gelingen wird, ebenfalls Frieden zu erzielen unter der Bedingung, daß der Friede dem Ehrgefühl unserer Republik entsprechen wird. Unsere Regierung ist der festen Überzeugung, daß die Friedensverhandlungen nicht nur zwischen der estnischen Republik und der russischen Regierung aufzukommen, sondern, daß an einem anderen Zeitpunkt, die in den Grenzen des ehemaligen Rußlands liegenden, teilzunehmen werden. Die anderen Nationen haben sich schon von auswärts an unsere Delegation beteiligt, indem sie uns als ihre Vertreter bezeichnen und ihre Hoffnung äußern, daß wir als Vorkämpfer aller dieser Interessen nicht versagen werden.

Englische Handelschiffe als Minenleger

Nach der "Post" ist die englische Kommando-Gruppe mit einer internationalen Entschuldigungs-Kommission. Er spricht von der Fabrikation und der Auslegung von Minen während des Krieges und gibt nunmehr, daß der Krieg vorbei, unumwunden sei, daß 7/8 sämtlicher Minen von 3 Handelschiffen ausgelegt worden sind. Im einzelnen handelt es sich um ein etwas mehrschichtiges Schiff, mit der die Schiffe verladen wurden und durch die sie sowohl gegen benutzte Minen geschützt als auch andererseits auf Grund gelegt wurden, gegen Unterseeboote auszuräumen. Man hat hier ein englisches Geschiff, das, das britische Handelschiffe an der Kriegführung aktiv beteiligt waren.

Staatssekretär des Auswärtigen

(Von unserem H. Sonderberichterstatter.)

Berlin, 18. September.

Wie die "B. Z. am Mittag" hört, ist die Neueinrichtung eines ständigen Staatssekretärs des Auswärtigen am 1. Oktober beschlossen worden. Der Staatssekretär wird aus der Diplomatie entnommen werden. Welche Persönlichkeit diesen Posten besetzen wird, steht noch offen. Es ist anzunehmen, daß Graf Bernstorff berufen werden wird.

Warum diese Mägen?

Berlin, 17. September.

Auf Grund einer Verfügung des Reichsarbeitsministers hat Professor Dr. E. Franke als Vorsteher des Ausschusses für die Prüfung der Arbeitszeit unter Lage im Ruhr-Kohlenbergbau die Ausschussmitglieder erlaubt, unverzüglich sechs Untersuchungsausschüsse unter Leitung eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers zu bilden, um an Ort und Stelle alle technischen, wirtschaftlichen und behördlichen Maßnahmen zu prüfen, die einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit dienen können. Ende November tritt der Ausschuss wieder zusammen, um Beweis zu erheben, ob die Einführung der Achtstundentage unter Lage im Ruhr-Kohlenbergbau eine Beschädigung der Kohlenförderung für Deutschland möglich ist.

Demgegenüber wäre die Einsetzung von Kommissionen notwendig, die die Arbeitszeit der Geistesarbeiter, der Kleinhandwerker, der Hausfrauen usw. feststellt, die bekanntlich mehr als acht Stunden arbeiten.

Das Los unserer Gefangenen

Major Deubt hatte, wie seinerzeit berichtet, Gefangenensuche in Gefangenennetzen zu machen. Seine Berichte über die geradezu gute Lage der Gefangenen mußten uns in Erstaunen setzen, da wir wissen, wie unsere Gefangenen Brüder von unseren Feinden, namentlich den Franzosen, behandelt werden. Es ist klar, daß der Bericht des Majors eine Stimmungsmache reinster Selbstsücht ist, in dem sich der "Druck von oben" deutlich fühlbar macht. Es wird eben mit allen Mitteln verübt, die Gemüter in der Heimat über das Schicksal ihrer Angehörigen zu beruhigen.

Wie anders liegt es doch in den Klagen der Gefangenen selbst aus, die sich in einem Brief nach dem anderen äußern, der nach dem "Vorwärts" von einem Rotenarbeiter geschrieben wurde. Darin sehen wir so recht, ein wie ebenes, jämmerliches Leben die Gefangenen führen, wie sie gequält werden.

"Wieder liegt eine Woche dort, länger Arbeit hinter mich. Wieder bin 8 Tage weggegangen, die mir Frankreich von meiner Frau zu Hause hat. Ich bin in einem kleinen Gefangenenschlager habe ich mich unter einer Lage verhalten, auch vor drei Wochen. Und glaubt mir auf mein Wort: nichts von allem ist auch nur im geringsten übertrieben. Was wir vor werden wir mit Dajonnet zur Arbeit geübt. Zivilisten, die aus unseren Knäulen Geld herausfinden, und Koffeln, durch Kräfte, beladen sind, treiben uns fortwährend an und stehen hinter uns. Bei gefährlichen Eise, bei ärgstem Ansetzler müssen wir arbeiten wie die Rindvieh, und das, was wir unsere Pflicht und mehr als das, wenn wir einen Stachel durch die Wunden ziehen, belassen von aller Welt! Wenn es noch lange so geht, kommen wir nicht mehr zu Hause! Viele schwören ab, denn wir haben nicht leben müssen und leben es noch!"

Es erzieht sich noch ein Brief von einem "Freien, wie kommt es, daß die Wirtin dieser Lage abgeschrieben. Gellen wir talentlos zu gehen, daß unser Bruder an Seele und Leib zugrunde geht? Ist dem keine Bar, der helfen kann?"

Die Neubildung der Regierung

Die Neubildung der Regierung ist bekanntlich durch Scheitern in seiner Kaiserliche Rede angelegt worden, weil Scheitern in der Regierung überhand genommen. Nun lag wohl daran, daß die demokratische Partei die Verantwortung für die Regierungspolitik übernehme, damit die Sozialdemokratie in den Augen des Volkes nicht allein belächelt bleibt. Die Auffassungen in der demokratischen Partei sind darüber nicht verschieden. Die einen sind über die Angelegenheit der Teilnahme sehr zurückhaltend, die anderen aber meinen, daß die demokratische Partei wenigstens einen Teil der Verantwortung für die Regierung nach außen und nach innen einzuheben, selbst wenn dadurch der Einfluß Erzberger zurückgedrängt werde. In der Zentrumspartei wie auch in der Sozialdemokratie sind die Meinungen über die Teilnahme der Demokraten geteilt. Wodurch sich deutlich die Germania ziemlich scharf gegen die Teilnahme der Demokraten ausgesprochen hatte, mag die Zentrumspartei, als Folge der Teilnahme, den Versuch, die Demokraten für die Teilnahme an der Regierung zu gewinnen. Das Organ selbst darauf hin, daß die Regierung eine möglichst breite Grundlage besitzen müsse. Die offizielle "Deutsche Allgemeine Zeitung" unterstützt dieses Bestreben, indem sie behauptet, daß es im Zentrum zum mindesten freie Kreise gebe, die einen Biedereintritt der Demokratie in die Regierung für wünschenswert erachten. "Da sie einen Erfolg haben werden, wenn von Weingarten ab, über die heute noch nicht entschieden ist." Es wird also bereits offen verhandelt. Eine Partei hat ein demokratischer Abgeordneter, der Bürgermeister Dr. Ruppe, in einer Verlesung des Frankfurter demokratischen Vereins erklärt, in einem Kabinett, in dem ein Erzberger wäre, würde er ein Demokrat mitarbeiten. Man kann sich denken, ob sich diese Auffassung in der demokratischen Partei irgendjemande gemacht haben wird, oder ob man gewillt ist, für Erzberger, um mit der Zentrumspartei-Verhandlungen zu reden, eine möglichst breite Grundlage zu schaffen.

Sie schlafen

Damit das "staatsmüde alte Regime" mit Stumpf und Stiel abgeräumt werde, hat der "Vorwärts" eine besondere Partei einrichtet, in der er tagtäglich zweimal palatinerweise früher antilichen oder privaten Charaktere aufzählt, die ihre frühere Bezeichnung "Kaiserliche" oder "Röhmische" noch nicht entfernt haben. Keine Dienerei, keine Hofmann und keine Würdenträger, die sich nicht um die Angelegenheiten des Reiches kümmern, sondern die sich lediglich gegenwärtig erheben. Besonders schmerzhaft wird es empfunden, wenn immer noch nachschickende Genossen die Hilfe von einem durch die Strafen Berlins fahrenden Bismarck baumeln lassen, auf besten Seitenstand in großen Buchstaben der "Vorwärts" für die Hilfe von einem durch die schändlichen Initiativen auf Uniformen sind verabschiedet und dieses andere mehr. Die Handlungsweise übertrifft die der "Vorwärts" mit den Worten: "Sie schlafen."

Sie schlafen. Wer denn? Die Leute vom alten Regime, oder die neuen Freiheitssünder? Daraus wird man nicht klug. Vielleicht kommt der Antwort näher, wenn man sich einmal im Sitzungssaal der Berliner Stadtverordneten umsieht. Dort hat man mit aller bei dieser wichtigen Sache erforderlichen Schärfe die Köpfe der Leuten drei Reihen entfernt und den Akt durch einen besonderen Beschluß der Versammlung einträglich gesteuert. Dort hat man also nicht geschlafen. Es war auch nicht zu erwarten, nachdem der Magistrat beim Einzug der Truppen aus dem Felde die Bürgerpflicht durch die Straße heute zu befehlen lassen, sich nicht um die Angelegenheiten des Reiches kümmern und möglichst viel roten Fliegen, Mäusen und Wägen schmutz verstreuen. Der Magistrat war also durchaus munter gewesen; die Stadtverordneten waren es auch, wenn sie sich etwas müde aufwachten.

Und doch haben sie die Augen noch nicht wirklich geschlossen. Auf sämtliche Beiflächen des Sitzungssaals hat der Magistrat sowohl wie für Stadterbauer prangt nämlich nach wie vor ein Wapp, das die alte Zeit recht deutlich veranschaulicht: in einem Medallion befindet sich links der kurburgische rote, rechts der preussische schwarze Adler; darunter der Name des Reiches und darüber ganz und gar nach dem preussischen Königreiche.

Es scheint so, als ob die sogenannten Stadtväter und Verwaltungsbeamten die Möglichkeit der von den roten Farbe noch gar nicht darauf gekommen sind, in welche unmittelbare gefährliche Verbindung sie mit den verruchten Reuten der alten Zeit kommen, wenn sie behauptet sich geschlafen.

Der "Vorwärts" gegen Roske

Einen feinen, unbeschäftigten Wis, der an dieser bedeutungsvollen Stelle natürlich doppelt herzlich laden macht, leitete sich der "Vorwärts". Er schrieb:

"Der 'Vorwärts' gegen Roske"

Ein Berliner Mittagblatt wurde heute mit dem Aufsatze "Der 'Vorwärts' gegen Roske". Da die zugehörigen Roske heute diesen für einen verächtlichen, der von einem Soldaten für notwendig, gegen die in ihm enthaltene Behauptung an dieser Stelle Verhöhnung ermauligen.

Uns liegt jene persönliche Gemeinheit gegen den Genossen Roske, dessen große Verdienste wir schätzen, vollkommen fern. Dem bumbastischen Satz, der von dem Genossen gegen den lungen Kommitter geäußert worden ist, die man Roske da am Fernberber genettet haben, als er in seinem Reiborant die schwebende Feststellung las, daß alle Verteidigung seiner Person Zug und Trug gewesen ist, daß der "Vorwärts" nun auch den Weg nach links eingeschlagen habe. Aber dem Entandenen wird recht bald Aufklärung. Der "Vorwärts" schrieb verständig in der folgenden Nummer:

"Der 'Vorwärts' gegen Roske". Die so überflüssige Roske unter dem Vorzeichen eines Mittels ist durch einen sinnlosen Dudenfehler entstanden. Es soll heißen: "Uns liegt jene persönliche Gemeinheit gegen den Genossen Roske, dessen große Verdienste wir schätzen, vollkommen fern. Dem bumbastischen Satz, der von dem Genossen gegen den lungen Kommitter geäußert worden ist, die man Roske da am Fernberber genettet haben, als er in seinem Reiborant die schwebende Feststellung las, daß alle Verteidigung seiner Person Zug und Trug gewesen ist, daß der "Vorwärts" nun auch den Weg nach links eingeschlagen habe. Aber dem Entandenen wird recht bald Aufklärung. Der "Vorwärts" schrieb verständig in der folgenden Nummer:

"Der 'Vorwärts' gegen Roske". Die so überflüssige Roske unter dem Vorzeichen eines Mittels ist durch einen sinnlosen Dudenfehler entstanden. Es soll heißen: "Uns liegt jene persönliche Gemeinheit gegen den Genossen Roske, dessen große Verdienste wir schätzen, vollkommen fern. Dem bumbastischen Satz, der von dem Genossen gegen den lungen Kommitter geäußert worden ist, die man Roske da am Fernberber genettet haben, als er in seinem Reiborant die schwebende Feststellung las, daß alle Verteidigung seiner Person Zug und Trug gewesen ist, daß der "Vorwärts" nun auch den Weg nach links eingeschlagen habe. Aber dem Entandenen wird recht bald Aufklärung. Der "Vorwärts" schrieb verständig in der folgenden Nummer:

